

**Motion Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel – Beteiligungsstrategie überdenken**

In der Gemeindeordnung, welche von der Stimmbevölkerung mit grossem Mehr gutgeheissen wurde steht: [Die Stadt] unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung und strebt an, umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger wie die Atomenergie durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. (Art. 8 Abs. 3 GO).

Das ebenfalls durch die Stimmbevölkerung verabschiedete Reglement legt weiter fest: Energie Wasser Bern setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an Atomkraftwerken für eine Auflösung bestehender vertraglicher Verpflichtungen zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe auf den vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt ein (Art. 6 Abs. 4 ewr).

Diesen klaren Auftrag haben ewb und Gemeinderat bisher nicht erfüllt. Ein Umstieg aus fossilen, nicht erneuerbaren Energien und aus der Atomenergie hin zu einer umweltfreundlichen Energiepolitik ist nicht allein durch das ewb zu bewerkstelligen. Stadt und ewb haben jedoch einen Volksauftrag, alles nur Erdenkliche zu tun, damit dieser Prozess beschleunigt wird. Heute sieht die Beteiligung von ewb an Atomkraftwerken wie folgt aus:

Gösgen: Betriebsaufnahme 1979 (26 Betriebsjahre) EWB-AK-Anteil: 7.5%; Bezugsanteil an Gesamtstromerzeugung des EWB: 33%. VR-Mitglieder: Hayoz und Kramer

Fessenheim: Betriebsaufnahme 1977 (28 Betriebsjahre) EWB-AK-Anteil: 2.0% (Unterbeteiligung); Bezugsanteil an Gesamtstromumsatz des EWB: 7.5%.

Fazit: ewb deckt 40 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie ab! Hier ist ein Umdenken nötig.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, gemäss Art. 8 GO und Art. 6 EWR dem Stadtrat eine Prognose über den zukünftigen Energiebedarf und ein Ausstiegskonzept für seine Abdeckung aus Atomstrom vorzulegen. Dabei sind verschiedene zeitliche Szenarien zu erarbeiten.

Bern, 25. August 2005

*Motion Natalie Imboden (GB)*, Urs Frieden, Catherine Weber, Martina Dvoracek, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Myriam Duc, Simon Röthlisberger, Franziska Schnyder, Hasim Sancar

**Antwort des Gemeinderats**

Es trifft zu, dass in der Gemeindeordnung der Stadt Bern das Ziel formuliert ist, die Atomenergie durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. Andererseits ist Energie Wasser Bern (ewb) durch den Leistungsauftrag verpflichtet, für eine sichere, ausreichende und rationelle Versorgung im Rahmen der Verfügbarkeit zu sorgen (Art. 8 Abs.1 des Reglements Energie Wasser Bern; ewr; SSSB 741.1).

Der Gemeinderat ist sich der Problematik bezüglich der mittel- und langfristigen Deckung des Strombedarfs und der Verpflichtung, Atomenergie durch einheimische, erneuerbare Energie zu ersetzen, bewusst. Er misst der Evaluierung von zusätzlichen

Produktionsmöglichkeiten für die Deckung des Mehrverbrauchs einerseits sowie der Ablösung von auslaufenden Beteiligungen andererseits grosse Bedeutung zu und räumt diesen Fragen eine hohe Priorität ein. So prüft ewb derzeit beispielsweise neben dem Ausbau von bestehenden Wasserkraft-Beteiligungen den Bau einer erweiterten Spitzenlastanlage der Fernwärmezentrale in der geplanten Kerichtverwertungsanlage (KVA) Forsthaus. Im Vordergrund stehen momentan eine Holzschnitzelfeuerung und eine Gasturbine als Kombianlage für die lokale Stromproduktion. Die Inbetriebnahme wäre für das Jahr 2011 vorgesehen. Das Potential der Stromproduktion der erweiterten Spitzenlastanlage würde ausreichen, um die Energie aus der auslaufenden Beteiligung des Kernkraftwerks (KK) Fessenheim und einen Teil des Mehrverbrauchs abzudecken.

Der Gemeinderat macht allerdings darauf aufmerksam, dass die Kosten für die lokale Stromproduktion rund dreimal höher liegen würden als die heutigen Beteiligungskosten aus dem KK Fessenheim. Trotzdem erachtet er die erwähnte Option der erweiterten Spitzenlastanlage KVA, auch hinsichtlich der stetig steigenden Marktpreise des Stroms, als eine Chance auf eine eigenständige, lokale Stromproduktion mit dem erneuerbaren Brennstoff Holz aus der Region und dem fossilen Brennstoff Gas. Als weitere Option bietet sich eine mögliche geothermische Produktionsanlage in Innertkirchen an, welche zurzeit als Ideenskizze seitens der Kernkraftwerke Oberhasli AG (KWO) vorliegt.

Der Gemeinderat ist bereit, dem Stadtrat Szenarien zu einem Ausstieg aus der Atomenergie und ihren Auswirkungen auf die Preisgestaltung, die Versorgungssicherung usw. aufzuzeigen.

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 22. Februar 2006

Der Gemeinderat